

Germany-Leinfelden-Echterdingen: Engineering services

OJ S 178/2019 16/09/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Leinfelden-Echterdingen

Postal address: Bernhäuser Straße 11

Town: Leinfelden-Echterdingen

NUTS code: DE113 Esslingen

Postal code: 70771

Country: Germany

Contact person: Amt für Hochbau und Immobilien, Frau Anette Brenner

E-mail: A.Brenner@le-mail.de

Telephone: +49 7111600627

Internet address(es):

Main address: <http://www.leinfelden-echterdingen.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E16738636>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E16738636>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Zeppelinschule Leinfelden-Echterdingen, Vergabeverfahren Fachplanung TGA (HLS) LPH 1-9

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Stadt Leinfelden-Echterdingen beabsichtigt eine Erweiterung und Generalsanierung der bestehenden Zeppelin Schule im Stadtteil Echterdingen. Gesucht wird ein Ingenieurbüro für die Fachplanung TGA gem. §§ 53, 55 HOAI ALG 1-3, 8 (HLS), LPH 1-9. Die Beauftragung erfolgt stufenweise (LPH 1-3, LPH 4-9).

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE113 Esslingen

Main site or place of performance: Leinfelden-Echterdingen

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadt Leinfelden-Echterdingen beabsichtigt eine Erweiterung und Generalsanierung der bestehenden Zeppelin Schule im Stadtteil Echterdingen.

Die bestehende 2-zügige Grundschule soll um einen Zug erweitert werden. Ebenfalls besteht Bedarf an einer neuen Einfeld-Sporthalle. Da diese Erweiterungsflächen nicht vollständig im Gebäudebestand untergebracht werden können, wird eine bauliche Erweiterung der notwendig. Dazu soll ein Teil des Gebäudebestandes rückgebaut werden.

Zur Zeit läuft ein Wettbewerbsverfahren für die Neustrukturierung der Schulraumflächen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Gebäudebestandes und unter Berücksichtigung der pädagogischen und organisatorischen Anforderungen, das Ende 2019 abgeschlossen wird.

Das Gebäude ist auf Grundlage der geltenden EnEV zu planen. Mindestanforderungen an eine möglichst CO₂-neutrale Energieversorgung stellt das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) dar.

Der Energiebedarf des Gebäudebestandes wird über eine Gasheizung gedeckt. Auf Grundlage des Wettbewerbsentwurfs sollte der Planer die Auskömmlichkeit der bestehenden Gas Kesselanlage berechnen. Längerfristig soll die Heizungsanlage erneuert bzw. vergrößert werden.

Im Neubau soll eine ausreichende Luftwechselrate sichergestellt sein. Ein Lüftungskonzept mit einer Fensterlüftung wird bevorzugt.

Bauliche Voraussetzungen für die Regen- und Grauwassernutzung in dem Gebäude und insbesondere zur Bewässerung der Freiflächen sind zu berücksichtigen.

Die Ausloberin beabsichtigt eine zeitnahe Realisierung der Erweiterung. Der Planungsbeginn ist für das 1. Quartal 2020 sowie die Fertigstellung im 3. Quartal 2022 vorgesehen. Die Finanzierung der Maßnahme ist gesichert. Die Umsetzung der Neubebauung und Sanierung soll mit möglichst wenig Eingriff in den Schulalltag erfolgen. Die Ausloberin geht derzeit von einer Sanierung des Gebäudebestands nach Fertigstellung des Neubaus aus. Dazu ist ein Umzug bzw. eine Auslagerung der Flächen des Bestands in den Neubau, sofern möglich, geplant. Der Schulbetrieb ist während der ganzen Bauphase zu gewährleisten.

Es kann von folgenden Nutzflächen (Erweiterung und Umbau) ausgegangen werden:

Ca. 2 200 m² NF zzgl 600 m² NF Sporthalle.

Gesucht wird ein Ingenieurbüro für die Fachplanung TGA gem. §§ 53, 55 HOAI ALG 1-3, 8 (HLS), LPH 1-9. Die Beauftragung erfolgt stufenweise (LPH 1-3, LPH 4-9).

Es werden folgende Prozentpunkte für die einzelnen Leistungsphasen beauftrag, gemäß Teilleistungstabelle Fachplanung Technische Ausrüstung HOAI 2013:

LP 1-LP 5 jeweils vollumfänglich,

LP 6: 6 von max. 7 %,

LP 7: 4,5 von max. 5 %,

LP 8 und LP 9 jeweils vollumfänglich.

Insgesamt also 98,5 % von 100 %.

Die Auftraggeberin schätzt die Honorierung wie folgt ein:

Honorarzone: für die Anlagengruppen 1-3 und 8 jeweils II unten,

Umbauzuschlag 30 %, inklusive mitzuverarbeitender Bausubstanz, Nebenkosten 3 %.

Die Bewerber können auch hiervon abweichende Vorschläge zur Honorierung bei der Angebotsabgabe einreichen.

Der Ausloberin ist des EuGH Urteil vom 4.7.2019 (C-377/17) bekannt.

Voraussichtliche weitere Termine:

Die Verhandlungsgespräche finden am 17.12.2019 statt.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projektorganisation / Weighting: 20

Quality criterion - Name: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter / Weighting: 25

Quality criterion - Name: Projektmanagement / Weighting: 30

Quality criterion - Name: Gesamteindruck / Weighting: 15

Cost criterion - Name: Honorarangebot / Weighting: 10

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

A) Zulassungskriterien: die Zulassungskriterien müssen die Bewerber ausnahmslos erfüllen;

B) Eignungskriterien:

1) finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (20 %): Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur;

2) fachliche Eignung (70 %): Qualitative Bewertung der Referenzprojekte, Qualitätssicherung;

3) Gesamteindruck der Unterlagen (10 %).

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z. B. mit 0-5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sollten die vorgegebenen Bewerbungsbögen verwendet und elektronisch in Textform auf der Vergabepattform eingereicht werden. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Rügen sind ausschließlich an die unter Ziffer I.1) genannten Stellen zu senden.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben:

Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (Art. 57 Richtlinie 2014/24/EU).

Eigenerklärung, dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf

a) die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen) sowie

b) die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen).

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i. S. v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt.

Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Die Vergabestelle behält sich

ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 GewO anzufordern.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG: für den Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft muss die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG spätestens mit dem Angebot im Rahmen des Verhandlungsverfahrens vorgelegt werden.

Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen. Für die Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt. Es sind ausschließlich elektronische Teilnahmeanträge zugelassen, die über die Vergabeplattform eingereicht werden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Erklärung über den Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft für entsprechende Dienstleistungen Fachplanung HLS entsprechend §§ 53, 55 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Erklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter in den letzten 3 Jahren.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern.

Für Referenz 1 und 2 kann jeweils nur 1 Projekt eingereicht werden.

Eine Referenz ist zwingend erforderlich.

Referenz 1:

Ein realisiertes vergleichbares Projekt (Neubau), Thema Schule, Kindergarten oder vergleichbar, vom Bewerber erbracht. (Vergleichbarkeit: ca. 4 000 m² BGF, Gesamtprojektkosten KG 200-700 ca. 12 Mio. EUR brutto.) Mindestanforderungen:

- Gesamtprojektkosten (KG 200-700) min. 5 Mio. EUR brutto,
- Leistungszeitraum 2008 – Mitte 2019,
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-8) im Unternehmen des Bewerbers.

Es können auch Projekte eingereicht werden, die als verantwortlicher Projektleiter in einem anderen Büro selbständig abgewickelt wurden, wenn dies die Büroinhaber bestätigen.

Es soll ein Nachweis über Kosten- und Terminsicherheit, bestätigt durch den Bauherrn eingereicht werden.

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung.

Referenz 2:

Ein realisiertes vergleichbares Projekt, Thema Umbau, Sanierung, vom Bewerber erbracht. (Vergleichbarkeit: ca. 4 000 m² BGF, Gesamtprojektkosten KG 200-700 ca. 12 Mio. EUR brutto.) Mindestanforderungen:

- Gesamtprojektkosten (KG 200-700) min. 5,0 Mio. EUR brutto,
- Leistungszeitraum 2008 – Mitte 2019,
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-8) im Unternehmen des Bewerbers.

Es können auch Projekte eingereicht werden, die als verantwortlicher Projektleiter in einem anderen Büro selbständig abgewickelt wurden, wenn dies die Büroinhaber bestätigen.

Es soll ein Nachweis über Kosten- und Terminsicherheit, bestätigt durch den Bauherrn eingereicht werden.

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung.

Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur der Fachrichtung Fachplanung HLS berechtigt sind.

Ist in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Beratender Ingenieur der Fachrichtung Fachplanung HLS, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG (EU Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist, bzw. bei Beratenden Ingenieuren der Fachrichtung Fachplanung HLS, wenn die Anerkennung einer deutschen Ingenieurkammer nachgewiesen werden kann.

Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der Verfasser der Wettbewerbsarbeit die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 14/10/2019 Local time: 16:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 08/11/2019

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 6 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter I.3) angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter I.3) angegebene Vergabepattform in Textform i. S. v. § 11 EU Abs. 4 VOB/A, § 126b BGB einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter I.1) angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter I.3) angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die – anonymisierten – Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabepattform unter dem unter I.3) angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle

Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 7219268730

Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch den Bieter einzuhaltende Fristen hin.

Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 7219268730

Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.5. Date of dispatch of this notice

12/09/2019